

Thailands Verfassung 20.0

Wie das Militär seinen Einfluss auf Politik und Gesellschaft langfristig ausbaut

Anja Bodenmüller-Raeder

Anfang August haben die Thailänder in einem nationalen Referendum eine neue Verfassung angenommen. Damit sind die Würfel im Spiel um Thailands Zukunft vorerst gefallen. Das regierende Militär nutzte das Referendum, um die Übernahme der Macht legitimieren zu lassen, die es mit dem Putsch im Mai 2014 an sich gerissen hatte, aber auch um langfristig seine politischen Einflussmöglichkeiten verfassungsrechtlich zu verankern. Zwar ist nun die Chance theoretisch größer, zu demokratischen Wahlen zurückzukehren. Eine zivile, demokratisch gewählte Regierung ist mit dieser Verfassung aber nicht zu erwarten, da ein Drittel der Mitglieder des Zweikammerparlaments von der amtierenden Militärregierung ernannt wird. An dem langjährigen innenpolitischen Konflikt wird sich wenig ändern. Mittel- bis langfristig ist daher mit einer erneuten Welle von Aktivitäten der außerparlamentarischen Opposition und mit gewaltsamen Auseinandersetzungen zu rechnen. Die jüngsten Bombenanschläge im Süden des Landes lassen erwarten, dass nicht nur die Shinawatra-Anhänger gegen die politische und gesellschaftliche Zukunft opponieren werden, die das Militär anstrebt.

Die Ausarbeitung einer Verfassung ist fast schon eine Routineübung der thailändischen Politik. Bei dem Entwurf, der Anfang August angenommen wurde, handelt es sich bereits um die 20. Verfassung seit dem Ende der absoluten Monarchie 1932. Architekt dieser neuen Verfassung ist Meechai Ruchupan, ein ultrakonservativer Jurist mit guten Verbindungen zum Militär und zum Kronrat (Privy Council). In den 1980er Jahren hatte er das Büro des damaligen Ministerpräsidenten Prem Tinsulanonda geleitet, der zuvor Oberbefehlshaber des Militärs war und heute als Kronratspräsident amtiert. So verwundert es wenig, dass sich in

dem aktuellen Verfassungstext maßgebliche Elemente aus dieser Phase der sogenannten »Semi-Demokratie« wiederfinden. Damals gab es zwar ein demokratisch gewähltes Repräsentantenhaus; die politischen Schlüsselpositionen im parlamentarischen System, wie etwa die Abgeordneten des Senats oder der Ministerpräsident, wurden jedoch von Mitgliedern des Militärs und der traditionellen Eliten besetzt und mit Unterstützung der Monarchie ausgeübt. In der seit 1932 eingeführten konstitutionellen Monarchie steht der König zwar offiziell über der Regierung und hat deshalb keine direkte politische Rolle. Doch ist unter Ex-

perten unumstritten, dass er indirekten Einfluss auf die Politik hat. Königshaus und Militär sind traditionell eng miteinander verbunden. Zum einen ist der König laut Verfassung Oberbefehlshaber aller Streitkräfte. Zum anderen sieht sich das Militär für den Schutz der Institution Monarchie verantwortlich. Unter den Mitgliedern des einflussreichen Kronrats, der den König berät, sind zahlreiche ehemals hochrangige Militärs.

Die Verfassung von 1978 unterscheidet sich jedoch deutlich von jener des Jahres 2016. Damals war das Militär gewillt, Kompromisse einzugehen und sich den veränderten politischen Umständen anzupassen, zum Beispiel dem Aufkommen einer neuen Unternehmerschicht. Dagegen lässt der aktuelle Verfassungstext erkennen, dass die Militärs nicht bereit sind, den politischen Veränderungen Rechnung zu tragen, die seit den frühen 2000er Jahren eingetreten sind, etwa dem Auftreten einer neuen ländlichen Mittelschicht. Die Verfassung von 2016 ist vielmehr ein Versuch, die politische Macht auf Kosten der Zivilgesellschaft und der gewählten Volksvertreter wieder auf das alte Establishment zu konzentrieren, und dabei vor allem auf das Militär als eigenständigen politischen Akteur.

Der langjährige innenpolitische Konflikt

Seit 2005 hat Thailand mit einem innenpolitischen Konflikt zu kämpfen, der im Kern zwischen zwei politischen Lagern ausgetragen wird. Auf der einen Seite stehen Angehörige der Unterschichten und neuen Mittelschichten, die zu Teilen der städtischen Bevölkerung in Bangkok, vor allem aber der ländlichen Bevölkerung im Nordosten und Norden entstammen. Diese Gruppe bildet die Wählerbasis des Shinawatra-Clans. Die populistische Politik des ehemaligen Ministerpräsidenten Thaksin Shinawatra (2001–2006) und seiner Thairak-Thai-Partei (TRT, »Thais lieben Thais«-Partei) hat das Leben der Bevölkerung spürbar verbessert, die bis dahin sozio-politisch und wirtschaftlich benachteiligt war. Dar-

über hinaus hat sie der Bevölkerung auch stärker bewusst gemacht, dass ihre Stimme zählt und dass die Regierung auf ihre Interessen Rücksicht nehmen muss. Das Shinawatra-Lager hat seit 2001 alle demokratischen Wahlen mit großer, teils absoluter Mehrheit gewonnen. Dabei trat es mit verschiedenen Wiederverkörperungen der ursprünglichen TRT-Partei an, zuletzt in Gestalt der Pheu-Thai-Partei. Einige populistische Elemente des ursprünglichen Wahlprogramms der TRT finden sich auch in den Programmen der Nachfolgeparteien wieder. Als Folge der Militärputsche 2006 gegen Thaksin und 2014 gegen Yingluck, die jüngste Schwester Thaksins und erste Ministerpräsidentin Thailands (2011–2014), wurden die zahlreichen Shinawatra-Unterstützer mehrfach um ihre Stimme geprellt. Im Laufe der letzten zehn Jahre haben sie sich in der »United Front for Democracy against Dictatorship« (UDD) organisiert, besser bekannt als die »Rothemden«. Seit einigen Jahren konfrontieren sie ihre politischen Gegner zunehmend mit Forderungen nach politischer Mitbestimmung und wirtschaftlicher Teilhabe.

Das andere große Lager bilden die Mitglieder der alten Elite und etablierten Mittelschichten, die der Bürokratie, Teilen des Militärs und dem Kronrat angehören. Sie legitimieren ihre traditionelle politische Herrschaft vor allem mit der Loyalität gegenüber dem Königshaus. Bis zu Thaksins Auftreten wurde Thailands Politik in Bangkok und ausschließlich für Bangkok gemacht, die Interessen der Landbevölkerung spielten dabei keine Rolle. In Zeiten, in denen die Shinawatras regierten, musste dieses alte Establishment aufgrund der soliden parlamentarischen Mehrheit der TRT bzw. der Pheu-Thai-Partei massive Einschnitte ihrer politischen Einflussmöglichkeiten hinnehmen. Dieses Lager, die sogenannten »Gelbhemden«, organisierte sich zuerst unter dem Dach der »People's Alliance for Democracy« (PAD) und zuletzt als »People's Democratic Reform Committee« (PDRC).

Seit 2005 führten beide Lager regelmäßig außerparlamentarische und gewaltsame

Auseinandersetzungen um politische Einflussnahme und letztendlich um die Ausgestaltung des politischen Systems, die wiederholt das politische und öffentliche Leben vor allem in Bangkok lahmlegten. So wurden zeitweise beide Flughäfen Bangkoks, der Finanzdistrikt oder sogar Regierungsgebäude besetzt. Mit dem Militärputsch von 2014 und der neuen Verfassung hat das alte Establishment die traditionelle Herrschaftsform erneut etabliert, wie sie vor der Shinawatra-Ära existierte.

Ein fragwürdiges Referendum

Auch wenn keine Fälle von massivem Wahlbetrug bekannt geworden sind, kann das Referendum über den neuen Verfassungsentwurf nicht als frei und fair eingestuft werden, da es im Vorfeld drastische Mängel und Einschränkungen gegeben hatte. So wurde der Verfassungstext unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne jegliche zivilgesellschaftliche Beteiligung ausgearbeitet. Der Großteil der Bevölkerung war unzureichend über den Inhalt des Textes informiert und vermochte daher auch seine politischen Implikationen nicht abzuschätzen. Die nationale Wahlkommission, die einzige offizielle Informationsstelle, hat lediglich eine Million Kopien des vollständigen Verfassungstextes gedruckt und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Während die »Ja«-Kampagne der Regierung und deren Befürworter uneingeschränkt agieren konnten, wurde eine »Nein«-Kampagne nicht zugelassen. Kritik am Entwurfstext und öffentliche Protestkundgebungen waren grundsätzlich verboten und im Referendum Act mit Strafen bis zu zehn Jahren Haft belegt. Zahlreiche oppositionelle Aktivisten wurden verhaftet. Ein öffentlicher Diskurs über den Inhalt der Verfassung kam unter diesen Umständen nicht zustande. Bei der Stimmabgabe selbst waren weder nationale noch internationale Wahlbeobachter zugelassen.

Vor diesem Hintergrund kann das Referendum als eine Abstimmung nicht nur über die Verfassung, sondern auch über die

Regierung des National Council for Peace and Order (NCPO) unter Leitung von Ministerpräsident Prayuth Chan-ocha betrachtet werden. Laut offiziellem Wahlergebnis haben sich 15,6 Millionen Wahlberechtigte (das entspricht 61,35 Prozent der abgegebenen Stimmen) für die Annahme des Verfassungsentwurfs ausgesprochen, rund 14 Millionen (bzw. 58 Prozent) haben die zusätzlich gestellte Frage, ob der ernannte Senat sich in Zukunft an der Wahl des Ministerpräsidenten beteiligen darf, mit Ja beantwortet. Das Militär sieht durch diese Mehrheit die Übernahme der Macht im Zuge des Putsches im Mai 2014 ebenso klar legitimiert wie den autoritären Regierungsstil, den es seither pflegt.

Kritiker des Referendums verweisen dagegen auf die mit rund 59 Prozent eher geringe Wahlbeteiligung. Von den insgesamt rund 50 Millionen Wahlberechtigten haben lediglich 15,6 Millionen mit Ja gestimmt. Insofern könne keine Rede davon sein, dass eine Bevölkerungsmehrheit das Militär legitimiert habe.

Dass eine Mehrheit für die neue Verfassung gestimmt hat, hat vor allem pragmatische und taktische Gründe. Nach mehr als einem Jahrzehnt teils gewaltsamer Auseinandersetzungen scheint die Bevölkerung konfliktmüde zu sein und keine Alternative zu sehen. Bei einer Ablehnung des Verfassungsentwurfs wäre die Zukunft mit noch größeren Unsicherheiten behaftet gewesen. Der Prozess der Ausarbeitung eines abermals neuen Verfassungsentwurfs hätte von vorne begonnen. Im Vorfeld des Referendums hatte Ministerpräsident Prayuth bereits angedeutet, dass in diesem Fall die Bevölkerung weder bei der Ausarbeitung noch bei der Annahme des Entwurfs beteiligt werde. Das Militär hätte dann freie Hand gehabt und wäre vermutlich ohne zeitliche Beschränkung an der Macht geblieben. Einer der wichtigsten Gründe für die Annahme der neuen Verfassung war aber wohl die Hoffnung auf eine schnelle Wiedereinführung demokratischer Wahlen. Die Chancen dafür scheinen jetzt auf den ersten Blick tatsächlich größer, zumal das

NCPO dies wiederholt versprochen hat. Eine Rückkehr zu einer zivilen, demokratisch gewählten Regierung wird es unter dieser neuen Verfassung indes nicht geben. Dafür hat das Militär zu viel Einfluss auf das parlamentarische System.

Implikationen der neuen Verfassung

Politische Mitbestimmung und Repräsentation

In den Augen der Mitglieder des alten Establishments bietet die neue Verfassung eine Lösung für ein vermeintliches Problem des bisherigen politischen Systems in Thailand: Sie beschneidet die Macht großer Parteien im Parlament, die laut deren Worten einer »Tyrannei der Mehrheit« gleichkommt. Um die Möglichkeit zu vereiteln, dass vor allem die Shinawatra-nahe Pheu-Thai-Partei eine parlamentarische Mehrheit erlangt, sieht die neue Verfassung eine Reihe von Reformen vor.

Das künftige Zweikammerparlament besteht aus Senat und Repräsentantenhaus. Die 200 bzw. in den ersten fünf Jahren 250 Mitglieder des Senats werden von der amtierenden Militärregierung, dem NCPO, ernannt. Sechs Sitze sind für die Oberbefehlshaber der Streitkräfte reserviert. Nachdem auch die Zusatzfrage im Referendum positiv beschieden wurde, darf der ernannte Senat fortan auch an der Wahl des Ministerpräsidenten teilnehmen. Dieser wird nunmehr alle vier Jahre von den Mitgliedern beider Kammern gleichberechtigt gewählt. 350 der insgesamt 500 Sitze des Repräsentantenhauses werden mit Abgeordneten aus den Wahlkreisen, 150 Sitze mit Abgeordneten aus den Parteilisten besetzt; die Parlamentarier werden in landesweiten Wahlen auf Grundlage eines sogenannten »mixed member apportionment system« (MMA) bestimmt. Unter diesem neuen System darf jeder Wahlberechtigte statt vormals zwei nur noch eine Stimme abgeben, die dann sowohl für den Kandidaten bzw. die Kandidatin im Wahlkreis als auch für die zugehörige Parteiliste gilt. Diese

Änderung führt zu einer Schwächung großer und einer Stärkung mittelgroßer Parteien. Das Ergebnis werden Koalitionsregierungen sein, die sich nur schwer gegen den Senat und dessen ernannte Mitglieder durchsetzen können. Bei wichtigen Entscheidungen, wie zum Beispiel der Wahl des Ministerpräsidenten, gewinnen die Stimmen der nicht-gewählten Senatoren infolgedessen an Bedeutung, während die der gewählten Repräsentanten der Bevölkerung an Bedeutung verlieren.

Darüber hinaus sichert sich das Militär die Möglichkeit direkter politischer Einflussnahme durch die Option, einen Ministerpräsidenten zu ernennen, der nicht dem Parlament, sondern zum Beispiel dem Militär angehört. Laut neuer Verfassung hat das NCPO so lange die Macht inne, bis sich ein neues Parlament konstituiert hat. In dieser Übergangszeit bleibt auch der umstrittene Artikel 44 der Interimsverfassung in Kraft, der es Prayuth als Kopf des NCPO erlaubt, ohne jegliche Kontrolle nach eigenem Ermessen Entscheidungen zu treffen. Dadurch steht es ihm auch offen, die Abhaltung demokratischer Wahlen zu verzögern. Aufgrund dieser Änderungen wird es für das Militär auch nicht mehr notwendig sein, zum Mittel des *coup d'état* zu greifen.

Die Gegner der Verfassung aus den Reihen der Pheu-Thai-Partei, der »Rothemden« und verschiedener zivilgesellschaftlicher Gruppen kritisieren es als undemokratisch, dass die politische Mitbestimmung und Repräsentation eingeschränkt und die politische Rolle des Militärs verfassungsrechtlich verankert wird. Zudem stehen sie der in der neuen Verfassung gestärkten Rolle jener vermeintlich unabhängigen Institutionen kritisch gegenüber, die ernannt werden, um die gewählte Regierung zu kontrollieren. Institutionen wie die Wahlkommission oder das Verfassungsgericht sind mehrheitlich mit Vertretern des alten Establishments besetzt und üben ihre neutrale und vermittelnde Funktion nur unzureichend aus.

Dabei hätte die neue Verfassung einen wichtigen Beitrag zur Versöhnung der verschiedenen Konfliktparteien in Thailand

leisten können. Das hätte vorausgesetzt, dass der Ausarbeitungsprozess und die damit verbundene Entscheidung über das künftige politische System transparent und partizipatorisch gestaltet worden wäre, beispielsweise nach dem Vorbild der Verfassung von 1997. Diese Chance wurde aber vertan. Die Verfassung von 2016 geht keinerlei Kompromisse ein, spiegelt klar die Vorstellungen nur eines politischen Lagers wider und ist daher nicht zur Versöhnung geeignet.

Obwohl dies eine Rückkehr zu den traditionellen Herrschaftsverhältnissen bedeutet, wie sie vor der Ära der Shinawatras galten, gehen diese Reformen selbst Teilen der ansonsten militärnahen Demokratischen Partei zu weit; denn auch sie muss nun fürchten, dass ihre Einflussmöglichkeiten zugunsten des Militärs beschnitten werden. Der Parteivorsitzende und ehemalige Ministerpräsident Abhisit Vejjajiva hat wenige Tage vor dem Referendum öffentlich seine Ablehnung des Verfassungsentwurfs bekundet.

Einfluss auf die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung

Abgesehen von der Politik versucht das Militär durch die neue Verfassung auch Einfluss auf die langfristige gesellschaftliche Entwicklung zu nehmen. So findet sich in der neuen Verfassung ein auf zwanzig Jahre angelegter nationaler Strategieplan wieder, den die Militärregierung bereits im Februar 2016 implementiert hat. Demnach ist es Aufgabe und Recht des ernannten Senats, die unter diesem Strategieplan angestrebten Reformbemühungen zu überwachen und falls nötig zu beschleunigen. Dabei hat dieser Plan Priorität vor allen potentiellen Strategie- und Entwicklungsplänen künftiger Regierungen. Den gewählten Regierungsvertretern bleibt somit wenig Spielraum, den individuellen Bedürfnissen ihrer Wählerbasis Rechnung zu tragen.

Ein weiterer sensibler Sektor für eine Einflussnahme auf die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung ist die Bildung. Im

Unterschied zu den Verfassungen von 1997 und 2007 finden sich Aussagen dazu in der aktuellen Verfassung nicht mehr unter der Rubrik »Rechte und Freiheiten der thailändischen Bevölkerung«, sondern unter »Aufgaben des Staates«. Das explizit formulierte Ziel von Bildung ist die Entwicklung »guter, disziplinierter und verantwortungsbewusster Menschen, die stolz auf ihre Nation sind«. Dieses traditionelle und nationalistische Konzept erinnert stark an die zwölf Grundwerte der thailändischen Gesellschaft, die Prayuth proklamiert. Allerdings sieht die neue Verfassung vor, die Mittel zur Förderung der letzten drei Schuljahre zu streichen. Das ohnehin schlechte und ungleiche Bildungssystem Thailands droht damit weiter hinter die Systeme anderer Staaten zurückzufallen. Dabei wäre Thailand gut beraten, mehr in Bildung zu investieren, um international wettbewerbsfähig zu werden und von einem Land mit durchschnittlich mittlerem Einkommen zu einem Land mit durchschnittlich hohem Einkommen aufzusteigen.

Wie in den letzten Verfassungen findet sich auch im aktuellen Entwurf ein Artikel, in dem die besondere Bedeutung des Buddhismus hervorgehoben wird. Auch wenn Religionsfreiheit weiterhin verfassungsrechtlich verankert bleibt, wurde sie nun durch den Zusatz eingeschränkt: »unter der Voraussetzung, dass sie den Pflichten der Thailänder nicht abträglich ist, die Sicherheit des Staates nicht gefährdet und der öffentlichen Ordnung oder den guten Sitten nicht zuwiderläuft«. Diese Bestimmungen erschweren es den religiösen Minderheiten, etwa der muslimischen Bevölkerung im Süden des Landes, sich mit der neuen Verfassung und der damit verbundenen, buddhistisch geprägten Vorstellung von »Thainess« zu identifizieren.

Einfluss auf die innenpolitischen Konflikte und Krisen

Das NCPO hat mehrfach bekräftigt, an dem offiziellen Fahrplan für die Rückkehr zu einem demokratischen Regierungssystem

festhalten zu wollen. Die Ausarbeitung des Grundgesetzes (organic law) unter anderem mit Blick auf die Abhaltung der Parlamentswahlen, die Arbeit der Wahlkommission und die Rechte und Pflichten politischer Parteien wird laut neuer Verfassung etwa acht Monate in Anspruch nehmen. Die Abhaltung demokratischer Wahlen ist für Ende 2017 geplant.

Dennoch bleibt fraglich, ob die amtierende Militärregierung tatsächlich gewillt ist, die Macht noch vor der anstehenden Thronfolge abzugeben. Denn der Wunsch nach Kontrolle über dieses entscheidende Ereignis wird als einer der Hauptgründe für den Militärputsch von 2014 angesehen.

König Bhumibol Adulyadej ist bereits 88 Jahre alt und gesundheitlich angeschlagen. Das große Ansehen der Monarchie ist eng mit seiner Person verbunden, da er sich im Laufe seiner bereits mehr als 60 Jahre dauernden Regentschaft mit zahlreichen Entwicklungsprojekten bei der Bevölkerung sehr beliebt gemacht hat.

In Thailand herrscht große Ungewissheit über die Zukunft der Monarchie unter dem nächsten Regenten bzw. der nächsten Regentin.

Zum einen wird befürchtet, dass Einfluss und Ansehen der Monarchie in der Ära nach Bhumibol schwinden könnten. Zum anderen ist noch offen, wer die Nachfolge antreten wird. Der König hat darüber offiziell bisher nicht entschieden. Laut Succession Law kommen sowohl Kronprinz Maha Vajiralongkorn wie auch die Kronprinzessin Maha Chakri Sirindhorn in Frage.

In Bevölkerung, Kronrat und Militär gibt es unterschiedliche Präferenzen. Während die Kronprinzessin auf allen Seiten Respekt und hohes Ansehen genießt, ist der Kronprinz aufgrund zahlreicher privater Eskapaden allgemein unbeliebt. Die Mitglieder des Kronrates und Teile des Militärs haben Sorge, dass er dem Ansehen der Monarchie großen Schaden zufügen könnte. Darüber hinaus könnte sich das alte Establishment der Unterstützung des Königs und dessen Bestätigung wichtiger politischer Entscheidungen nicht mehr sicher sein, was zum

Beispiel für die Ernennung des Premierministers gelten würde. In den letzten Jahren hat sich der König zwar nicht mehr aktiv in die innenpolitischen Konflikte eingeschaltet. Dennoch hat er aber den Militärputsch 2014 anerkannt und die Ernennung der amtierenden Militärregierung bestätigt.

Da der Kronprinz gute Beziehungen zu Thaksin hat, wäre mit seiner Thronfolge ein weiteres Risiko verbunden: eine königliche Aufhebung der gegen Thaksin ergangenen Gerichtsurteile. In diesem Fall hätte das alte Establishment keine Möglichkeit mehr, eine Rückkehr dieses einflussreichen politischen Akteurs nach Thailand zu verhindern. Ungeachtet dieser Befürchtungen und Risiken ist der Kronprinz nach den Bestimmungen des Succession Law die erste Wahl und nicht zuletzt die Präferenz der Königin.

Sollte es der König versäumen, vor seinem Tod seine Nachfolge zu regeln, obliegt diese Entscheidung dem einflussreichen Kronrat, der wiederum eher die Kronprinzessin bevorzugt.

Angesichts dieser Ungewissheiten und Befürchtungen ist es für das alte Establishment von größter Bedeutung, zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Thronfolge die Fäden in der Hand zu halten. Weitere Verzögerungen bei der Anberaumung der versprochenen demokratischen Wahlen sind darum nicht ausgeschlossen.

Damit steigt jedoch das Risiko eines neuerlichen Aufflammens außerparlamentarischer Opposition und gewaltsamer Auseinandersetzungen. Seitdem die innenpolitische Krise im Jahr 2005 begonnen hat, gab es immer wieder Phasen gewaltsamer Proteste. Die Ruhe seit dem Putsch vom Mai 2014 hat vor allem mit dem autoritären Regierungsstil der Militärs zu tun, die demokratische Grund- und Menschenrechte stark eingeschränkt haben. Artikel 44 der Interimsverfassung gibt dem Ministerpräsident weitgehende Rechte im Kampf gegen Kritiker und Oppositionelle.

Das vergangene Referendum kann auch als Abstimmung über die politische Macht des Militärs gesehen werden. Insofern ist vor allem aus jenen Regionen mit Wider-

stand gegen die politischen und gesellschaftlichen Implikationen der neuen Verfassung zu rechnen, die explizit gegen deren Annahme votiert haben: die nordöstlichen und die drei südlichsten Provinzen des Landes.

Wie erwartet haben sich im Nordosten rund 51,5 Prozent der abgegebenen Stimmen gegen die Verfassung und circa 55 Prozent gegen die zukünftige Beteiligung des Senats an der Wahl des Ministerpräsidenten ausgesprochen. Für sie stellt der aktuelle Verfassungstext keine Lösung der Konflikte dar und ist daher nicht zur Versöhnung geeignet. Sie kritisieren, dass sie bei der Ausarbeitung keinerlei Mitspracherecht hatten, und fühlen sich durch die Rückkehr zu den alten Herrschaftsverhältnissen politisch entmündigt. Es ist jedoch kaum vorstellbar, dass die Mitglieder dieser Gruppe gewillt sind, auf die politische Teilhabe und die wirtschaftlichen Verbesserungen zu verzichten, die sie seit den frühen 2000er Jahren genossen haben.

Die drei südlichsten Provinzen Thailands – Pattani, Narathiwat und Yala – haben sich ebenfalls gegen die neue Verfassung und die Beteiligung des Senats an der Wahl des Ministerpräsidenten ausgesprochen. Beim Referendum über die Verfassung, die nach dem Militärputsch 2007 zur Abstimmung stand, hatten diese drei Provinzen noch mit großer Mehrheit für die Annahme votiert. Das Wahlergebnis in dieser muslimisch geprägten Region hebt sich deutlich von den Ergebnissen in den übrigen Provinzen im Süden ab, die buddhistisch geprägt sind und traditionell hinter dem alten Establishment stehen. Die Muslime, an sich eine religiöse Minderheit in Thailand, stellen in den drei südlichsten Provinzen die absolute Mehrheit der Bevölkerung. Zum Teil identifizieren sie sich stärker mit dem ebenfalls muslimisch geprägten Nachbarstaat Malaysia als mit dem buddhistisch dominierten Thailand. Seit 2004 kämpfen dort militante aufständische Gruppen unter anderem darum, dass die ethnischen und religiösen Besonderheiten dieser grenznahen Provinzen mehr Anerkennung erfahren und ihnen ein größeres Maß an regionaler

Selbstverwaltung zugestanden wird. Die Kämpfe haben bereits mehr als 6400 Menschenleben gefordert. Im Rahmen des von der Yingluck-Regierung 2013 initiierten Friedensprozesses, bei dem der Konflikt erstmals als solcher anerkannt wurde, hat man versucht, unter Beteiligung Malaysias zu einer Lösung zu gelangen. Mit der Machtübernahme des Militärs im Mai 2014 hat die Bereitschaft drastisch nachgelassen, die Forderungen nach mehr Autonomie anzuerkennen. Die Militärs fokussieren sich klar auf die Einheit der Nation, die in engem Zusammenhang mit dem Buddhismus und dem damit verbundenen Konzept von »Thainess« steht. Anstelle der Gewährung größerer Autonomie ist daher in Zukunft eher mit verstärkten Zentralisierungsbemühungen zu rechnen. Bei den offiziellen Friedensgesprächen herrscht derzeit Stillstand.

Unmittelbar vor dem Referendum wurde in den drei südlichsten Provinzen eine auffällige Serie von 35 Anschlägen verübt. Ob die Bombenanschläge vom 10. und 11. August, die sich außerhalb der Konfliktzone ereigneten, ebenfalls den aufständischen Gruppen zuzurechnen sind, ist bislang unklar. Viele Anzeichen sprechen aber dafür. Beweggründe für die Attentäter gibt es mehrere. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Anschläge als Signal der Unzufriedenheit mit den politischen Zukunftsaussichten dienen sollen, die sich mit der neuen Verfassung bieten. Sie könnten aber auch ein Ausdruck der Frustration über den Stillstand der Friedensverhandlungen bzw. eine Mahnung daran sein, dass dieser Konflikt auch nach über einem Jahrzehnt noch nicht gelöst und nach wie vor von Bedeutung ist.

Die Militärregierung streitet jegliche Verbindung zwischen den Anschlägen und den muslimischen Aufständischen vehement ab. Zwei Gründe sind dabei leitend für sie. Zum einen möchte sie vermeiden, dass sich die internationale Aufmerksamkeit auf diesen gewaltsamen Konflikt richtet. Als Rechtfertigung für den Militärputsch 2014 hatte sie geltend gemacht, sie

habe Ruhe und Ordnung wiederherstellen wollen. Vor diesem Hintergrund könnte der anhaltende gewaltsame Konflikt im Süden als Beweis dafür interpretiert werden, dass das Militär auch zwei Jahre nach der Machtübernahme nicht alles unter Kontrolle hat. Zum anderen möchte das NCPO verhindern, dass die Aktivitäten der Aufständischen mit den beliebten Urlaubsorten im Süden in Verbindung gebracht werden, was negative Folgen für die überaus wichtige Tourismusindustrie und letztendlich für die ohnehin angeschlagene Gesamtwirtschaft hätte. Eine Annäherung von Regierung und Aufständischen im Süden dürfte sich unter den künftigen politischen Bedingungen allerdings schwierig gestalten.

Empfehlungen

Seit dem Putsch 2014 hat sich der Schwerpunkt der thailändischen Außenpolitik deutlich auf jene Länder verschoben, von denen nicht zu befürchten ist, dass sie Kritik an dem autoritären Vorgehen der Militärregierung und den Einschränkungen der demokratischen Grundwerte und Menschenrechte üben. So sind die traditionell guten Beziehungen zu China mittlerweile noch enger geworden. Auch Russland ist stärker in den Fokus der Militärregierung gerückt. Im Hinblick auf die politischen Implikationen der neuen Verfassung wird sich an den Beziehungen zu diesen Staaten vermutlich nichts ändern, so dass eine zusehends engere Zusammenarbeit zu erwarten ist.

Im Gegensatz dazu haben Deutschland, die EU und die USA massive Kritik an der Machtübernahme und dem Regierungsstil des Militärs, dem Verfassungsreferendum und dem Text der neuen Verfassung geäußert. Dabei haben sie wiederholt darauf gedrängt, die demokratischen Grundrechte und universalen Menschenrechte zu achten und einzuhalten, darunter vor allem das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit. Auf deutscher Seite hat die ASEAN-Parlamentariergruppe des Bundestags ebenfalls Kritik geäußert

und versucht, den Demokratieprozess in Thailand zu unterstützen. Insgesamt bleiben die traditionell guten diplomatischen und wirtschaftlichen deutsch-thailändischen Beziehungen auch zwei Jahre nach dem Putsch vom Mai 2014 etwas abgekühlt. Unter Berufung auf das Ergebnis des Referendums sieht sich das Militär jedoch durch die Bevölkerungsmehrheit legitimiert und verweist seine Kritiker auf die besonderen gesellschaftlichen Bedingungen Thailands.

Für Deutschland und andere demokratische Länder wird es insofern künftig schwieriger, grundsätzliche Kritik an der politischen Einflussnahme des Militärs zu üben. Auch wenn die Entscheidung der thailändischen Bevölkerung über ihr zukünftiges politisches System international akzeptiert werden muss, sollten deutsche und europäische Politik auch nach dem Referendum nicht davon ablassen, die Achtung und Einhaltung von Menschen- und Bürgerrechten einzufordern. Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei den angekündigten nächsten Schritten gelten, also der Ausarbeitung des Grundgesetzes und der Abhaltung freier und fairer Wahlen. Als Reaktion auf die militärische Machtübernahme 2014 hatte die EU bereits weiche Sanktionen verhängt. Zum einen wurden offizielle Besuche ausgesetzt, die hochrangige Vertreter Thailands oder der EU einander regelmäßig abstatten. Zum anderen schob die EU die Unterzeichnung von Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Thailand auf. Diese Maßnahmen bleiben nach wie vor in Kraft. Vor diesem Hintergrund wäre es sinnvoll, wenn die EU auch die Wiederaufnahme der Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Thailand, die derzeit auf Eis gelegt sind, an die Bedingung knüpfen würde, dass Thailand zu einer demokratisch gewählten Regierung zurückkehrt und die Menschenrechte einhält.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2016
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364